



Sozialer Friede sichert die Stabilität

Unsere Gewerkschaften haben keine Angst vor der EG

Dornbirn - Nur ein Staat, der die sozialen Rechte der Arbeitnehmer garantiert, bewahrt auch wirtschaftliche Stärke. Diese Erkenntnis ist Grundlage für das gemeinsame Ja zur Europäischen Gemeinschaft, das Arbeiterkammer und Gewerkschaften sprechen.

Darauf verwies AK-Präsident Josef Fink im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Gewerkschaft der Privatangestellten. Hauptredner war Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Däubler von der Universität Bremen. Er erinnerte daran, daß Deutschland trotz geringer Arbeitszeit, hoher Löhne und entsprechender Sozialleistungen beliebter Standort auch inter-

nationaler Unternehmen ist. Bei den Unternehmern greife verstärkt die Erkenntnis, daß Sozialabbau keineswegs mehr Gewinn bringt. „Nur gut bezahlte und sozial zufriedene Arbeitnehmer sind für die großen Aufgaben in einem geeinten Europa geeignet“ (Däubler). Nach wie vor sind Produktion und Qualität am höchsten, wo Arbeitnehmer die Entscheidungen mittragen.

Nationalparlamente zuständig

Prof. Däubler unterstrich seine Aussagen durch die Beispiele England und USA. Dort sollte die Wirtschaft durch Einsparungen im Sozialbereich angekurbelt werden. Das Gegenteil traf ein. Allerdings müssen die Arbeitneh-

mervvertretungen internationale Solidarität lernen und beweisen. Sonst könnten verschiedene Standorte innerhalb der EG gegeneinander ausgespielt werden.

Für Däubler ist auch die Tatsache, daß das EG-Parlament sehr wenig Kompetenzen hat, nicht nur ein Nachteil. „Das verhindert, daß die Selbständigkeit der Mitgliedsstaaten zu sehr ausgehöhlt wird.“ Die Entscheidungen in sozialen Fragen zum Beispiel fallen nach wie vor in den nationalen Parlamenten. Aber auch innerhalb der EG geht der Weg Richtung soziale Einstellung. Das ist möglich, nachdem entsprechende Beschlüsse seit kurzer Zeit ohne die bislang immer bremsenden Engländer gefaßt werden können.

„Kein Sozialdumping in der EG“

Wir haben in Argentinien niedrige Einkommen gesehen, und das in der EG. Sozialdumping soll nicht sein. Das hat durch die EG-Regelungen verhindert werden können. Wir haben gut bezahlte, gut qualifizierte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gesehen, obwohl die die Produktion und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Prof. Däubler sprach davon die für alle von der EG-Gewinnung stehende Aufgabe, die Stabilität und soziale Entwicklung zu sichern. Auch wenn die Sozialleistungen unterschiedlich sind, so ist die Europäische Gemeinschaft ein sozialer Friede, der die Wettbewerbsfähigkeit sichert.

Dürfen auf Sozialhilfe und Sozialversicherung

Während viele Unternehmen gerade in Dornbirn die soziale Verantwortung der Mitarbeiter durch die Gewerkschaften und durch die AK zu realisieren und auch zu gewährleisten sind, so können Arbeitgeber und werkschaftliche Verantwortung nicht getrennt werden. Die soziale Verantwortung der Arbeitgeber ist ein wichtiger Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit. Die soziale Verantwortung der Arbeitgeber ist ein wichtiger Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit. Die soziale Verantwortung der Arbeitgeber ist ein wichtiger Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit.

Industriegruppen: Prinzip: Keine Vorteile

Die Industrieunionen sind die Träger der Wettbewerbsfähigkeit. Die Industrieunionen sind die Träger der Wettbewerbsfähigkeit. Die Industrieunionen sind die Träger der Wettbewerbsfähigkeit.

EUROPA-INTEGRATION

Mit der Europa-Integration, insbesondere dem EG-Beitritt, geht das Gespenst des „Sozialabbaues“ in Österreich um. Was sagen dazu die Gewerkschaften?

Anlässlich der Festveranstaltung „100 Jahre Gewerkschaft der Privatangestellten“ (GPA) in Dornbirn stattete eine hochrangige Delegation der GPA unter Führung von Zentralsekretär Hans Sallmutter und des GPA-Landesvorsitzenden Alfred Mangold der Redaktion des VORARLBERGER einen Besuch ab. Begleitet wurden die Gewerkschafter von Dr. Wolfgang Däubler, Professor für Arbeits-, Wirtschafts- und Handelsrecht an der Universität Bremen und Festredner des GPA-Jubiläums.

Der VORARLBERGER nutzte die Gelegenheit, um über die Rückwirkungen der Europa-Integration – EWR und EG – auf die Arbeitnehmer zu diskutieren.

Bekanntlich wird der österreichische Weg nach Europa und auch der EG-Beitritt vom ÖGB mitgetragen, wobei Forderungen der Gewerkschafter in das österreichische Verhandlungspaket eingeschnürt werden sollen. Auch wenn Sallmutter grundsätzlich zum ÖGB-Beschluß steht, ist der GPA-Zentralsekretär für einige Branchen besorgt. Er nennt dabei insbesondere „geschützte Sektoren“, einige Dienstleistungsbranchen, Banken, Versicherungen und vor allem den Lebensmittelbereich, der eine weniger durchschlagkräftige Lobby habe als etwa die sensible Landwirtschaft. Sallmutter verweist dabei auf die Molkereien.

Sowohl Sallmutter, der die größte österreichische Einzelgewerkschaft (340.000 GPA-Mitglieder) anführt, als auch der deutsche Wirtschaftsprofessor Wolfgang Däubler glauben, es werde entscheidend darauf ankommen, für die sensiblen Bereiche der österreichische Wirtschaft bei der EG möglich lange Übergangs- und Anpassungsfristen auszuhandeln. „Wenn man diese Übergangsfristen nicht hat, kann es gehen wie in der DDR, daß z.B. ganze Branchen plattgewalzt werden“, argumentiert Prof. Däubler. Als positives Beispiel erwähnt er Spanien und Portugal (EG-Süderweiterung), die sich lange Übergangsfristen z.B. für die Umstellung ihrer Industrie erwirkt und diese auch genutzt



Gewerkschafter-Besuch beim VORARLBERGER: Rechts GPA-Zentralsekretär Hans Sallmutter, links Landesvorsitzender Alfred Mangold. Dritter von links Prof. Wolfgang Däubler von der Universität Bremen im Gespräch mit Chefredakteur Walter Zeiner. Foto: Dietmar Brunner

„Sozialer Druck mit dem EG-Argument“

hätten, indem sie nicht zuletzt die Subventionsmöglichkeiten Brüssels für Umstrukturierungen in Anspruch nahmen.

Prof. Däubler läßt im übrigen nicht gelten, daß das strenge österreichische Lebensmittelgesetz durch den großen Binnenmarkt unterlaufen werden kann und verweist auf den EG-Vertrag, der die Möglichkeit bietet, aufgrund nationaler Gesundheitsvorschriften in anderen EGLändern erzeugte und zugelassene Lebensmittel für den Import zu sperren. Dies sei nach dem Tschernobyl-Unfall durch die BRD tatsächlich geschehen.

„Kein Sozialdumping in der EG“

„Wir haben im Allgemeinen nicht die Erfahrung gemacht, daß sich in der EG Sozialdumping vollzogen hat. Das hat damit zu tun, daß sich die klügeren Unternehmen sagen: Wenn wir unsere Leute gut bezahlen, gut ausbilden, ihnen einen entsprechenden Sozialstandard geben, erhöht das die Produktivität und damit unsere Konkurrenzfähigkeit.“

Prof. Däubler spricht damit die vor allem von EG-Gegnern ausgespielte Sorge an, die EG bringe eine soziale Nivellierung nach unten. Auch wenn die Sozialgesetzliche Sache der einzelnen EGLänder bleibe und von der Europäischen Gemeinschaft nur Mindeststandards vorgegeben

werden, berühre das höhere Sozialstandards einzelner Mitgliedsländer, z.B. in der Mitbestimmungsfrage, nicht.

Ein Abbau von sozialen Rechten sei also nicht das Problem und die Gefahr. Sowohl der deutsche Wirtschaftsprofessor als auch GPA-Zentralsekretär Sallmutter und seine Vorarlberger Kollegen beobachten dennoch einen schleichenden Sozialabbau in Österreich – im Blick auf die EG und mit dem EG-Beitritt als Argument.

Druck auf Betriebsräte und Gewerkschaft

Während kluge Unternehmen gerade im Blick auf die europäische Herausforderung die Mitarbeiter durch gute Entlohnung, Ausbildung u.a.m. zu motivieren und ihnen ein Gefühl der Sicherheit zu geben trachteten und so höhere Arbeitsproduktivität und verstärkte Konkurrenzfähigkeit erreichten, „gibt es auch die anderen“, meint Sallmutter: „Wir erleben seit 1986/87 einen enormen Druck auf die Betriebsräte. Jahrzehntlang gültige Sozialleistungen wie z.B. Betriebspensionen würden gekürzt oder ganz weggenommen mit dem Argument, das Unternehmen müsse sich für die EG rüsten, um überleben zu können.“

Prof. Däubler sekundiert: „Der Einsatz des EG-Argumentes für faktischen Sozialabbau in den Betrieben ist das eigentliche Problem“. Das EG-Argument

werde auch bei den Kollektivvertragsverhandlungen gezielt eingesetzt.

Vorarlberger Gewerkschafter bestätigen, daß es z.B. in manchen Banksektoren Bestrebungen gebe, über neue Dienstverträge soziale Standards abzubauen. Schließlich weist Sallmutter auch darauf hin, daß durch die Auslagerung von Dienstleistungsbereichen in neue Sub-Unternehmen nicht wenige Dienstnehmer aus den mit starken Gewerkschaften ausgehandelten Kollektivverträgen herausfallen und dann ungeschützt in der Luft hängen. Der führende Gewerkschafter hegt letztlich den Verdacht, daß durch die aufgeschaukelte politische Diskussion um die angeblich überzogenen Sozialleistungen und Sozialkosten die Gewerkschaften und damit die Position der Arbeitnehmer im Blick auf die EG gezielt geschwächt werden soll.

Industriegruppen-Prinzip: Keine Vorteile

Zur immer wieder aufflackern Diskussion um den Übergang vom Prinzip der Einzelgewerkschaft zum Industriegruppenprinzip führt Sallmutter eine Reihe von Argumenten an, die für die Einzelgewerkschaften sprechen. Er nennt dabei vor allem die bessere Berücksichtigung unterschiedlicher Mitgliederinteressen innerhalb einer Branche. W.Z.